

27. IV. 1916

Ernährungsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen äußert ein volksparteilicher Abgeordneter, der dem Kaufmannsberuf angehört, seine Meinung, daß alle Nahrungsmittel, auch die aus dem Ausland, schon längst hätten beschlagnahmt werden sollen, um Preistreiberien zu verhindern. Die J. E. G. und die Heeresverwaltung hätten einander gegenseitig die Preise getrieben. Für Wild und Fische mit Ausnahme von Seefischen sollten allgemein Höchstpreise festgesetzt werden. Durch Beschlagnahme am Landungsort unter Anrechnung angemessener Preise könnte eine Preistreiberie mit Seefischen verhindert werden. Der glänzende Stand der Weide lasse eine erhebliche Zunahme an Schlachtgewicht erwarten. Man solle eine staatliche Zuchtzentrale für Schweine mit Prämienystem errichten. — Ein Regierungsvertreter erklärt, daß für die Gegenwart die Aussichten für die Schweinezucht schlecht, für die Zukunft besser sind. Die Zahl der Zuchtsauen ist günstig, die jüngeren haben um 38 Prozent zugenommen. Ferkelhöchstpreise würden ungünstig wirken. Ein generelles Hauschlachtungsverbot sei nicht erlassen. In diesen Tagen werde das bestehende Verbot aufgehoben, aber die Hauschlachtungen genehmigungspflichtig gemacht werden. Dem übermäßigen Abschachten der Kälber werde entgegengetreten werden. Die Mästungsverträge würden nach Maßgabe der vorhandenen Futtermittel fortgesetzt, ebenso werde die Erhaltung der Zuchtsauen sichergestellt. Die Militärbehörde habe ihre Ansprüche betreffend Schlachtung von Rindern bereits ermäßigt. An Provisionen für die Händler werden für Rinder 3 bis 3½ Prozent gewährt, bei Kälbern 6 bis 7 Prozent, bei Schweinen 4 bis 5 Prozent, für die Sammelstellen kommen 1 bis 2 Prozent hinzu.

Ein Sozialdemokrat vertritt aus, daß über das Funktionieren der Viehhandelsverbände, das für die Fleischversorgung von größter Wichtigkeit sei, schwere Klagen vorlägen. Die Provisionen für die Vermittler seien vielfach zu hoch, besonders bei dem Weidewieh steigen sie bis 16 v. H. Notwendig sei eine sehr strenge Kontrolle. Auf einem Viehmarkt sei es vorgekommen, daß ein Viehhändlerkonsortium sämtliche Ferkel aufkaufe und die Preise trieb. Besser wäre es gewesen, den ganzen Viehhandel den Verbänden zu überweisen. Aufreizend und erbitternd wirkte es, daß man aus Spekulationsgründen Fleisch verderben lasse. Der sogenannte Kettenhandel spiele hierbei eine große Rolle. Diefelben Klagen seien über die Schmalz- und Fettversorgung vorzubringen. Hier müsse eingegriffen werden. Die Konserven sollte man beschlagnahmen. — Ein Zentrumsabgeordneter verlanget für den Fall der Einföhrung von Höchstpreisen für Süßwasserfische auch Höchstpreise für Seefische und tabell

Die mangelhafte Bewirtschaftung des Fleisches.

Schon bei Kriegsbeginn hätte man die Viehbestände unter allgemeine Bewirtschaftung stellen müssen, dann hätten wir heute nicht so große Schwierigkeiten. In Bayern sei der Rückgang an Vieh erheblich größer als in anderen Teilen des Reiches. Nur an Schafen sei der Zuwachs größer. Es müßte also zunächst Bayern entsprechend gespart werden. Die Kriegsgefangenen sollten ausreichend versorgt werden, aber nicht besser als unsere eigenen Arbeiter. Ein Schlachtverbot für Kälber werde nicht viel nützen. Ferkelhöchstpreise dürften sich zu niedrig sein. Das vom Großgrundbesitz gegebene Beispiel der viehlosen Wirtschaften habe böse gewirkt.

Ein Vertreter der J. E. G. betont, es müsse der Grundsatz durchgeführt werden, daß nur ein Käufer auftrete, da sonst die Preise getrieben und doch keine größeren Mengen heringebracht werden. Die Heringspreise seien allgemein gestiegen; in Norwegen sei eine Menge Heringe in festen Händen. — Der Redner der Deutschen Fraktion wünschte Verschärfung der Ueberwachung der Speisewirtschaften hinsichtlich der Innehaltung der fleischlosen Tage. Das an der Ostfront reichlich vorhandene Wild sollte für die Heeresernährung nutzbar gemacht werden. Ferkelhöchstpreise seien jetzt nicht empfehlenswert. Die Absperrung der einzelnen Bezirke gegeneinander habe zu manchen Mißständen geführt. Die grobe Fahrlässigkeit und Nachlässigkeit bei Behandlung der Viehtransporte, wobei auch Intendanturbeamte und Arbeiter nicht von aller Schuld freizusprechen seien, sollten sehr schwer geahndet werden.

General von Oyen teilt mit, daß gegen Fahrlässigkeit und Roheit bei Viehtransporten auf das schärfste eingeschritten werde. — Ein Regierungsvertreter führt aus, es seien bereits Anordnungen ergangen, die Heranziehung von Zug-, Zucht- und Milchvieh, hochtragenden und milchgebenden Kühen und von Magervieh zu vermeiden. Der Verkehr mit Zuchtvieh sei unbehindert, sofern eine Sicherheit gegeben ist, daß es sich nicht in Schlachtvieh verwandelt. — Ein Zentrumsabgeordneter erklärt, was zur Besserung der Versorgung in den zwei nächsten Monaten geschehen könne, sei beschränkt. Ganze Eisenbahnzüge von hochtragenden Kühen seien geschlachtet und in den Konservenfabriken verarbeitet worden. Der Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten müsse abgeklärt werden. Die Aufkäufer verdienen auch in Bayern reichlich.

Ein Grundfehler der Organisation

sei es gewesen, daß man die vorhandenen Organisationen beiseite geschoben hat, anstatt sie auszubauen. Der offizielle Vertreter der J. E. G. werde vielfach auf Schwierigkeiten stoßen, die ein Kaufmann ohne den offiziellen Stempel nicht finde. Staatssekretär Helfferich erklärt, daß für die J. E. G. Konzentration durchaus notwendig sei, wenn etwas Ersprießliches geleistet werden solle. Das sei durch die Erfahrungen erwiesen. Durch gelegentliche Angebote von dritter Seite dürfte man sich nicht irre machen lassen. Solche Angebote bedeuten nichts anderes als den Versuch der Preistreiberie. — Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die gewünschten Ueberlichten und Nachweise über die Bestände bis jetzt noch nicht fertiggestellt werden konnten. Die vorhandenen Konserven sollen zur Aufbesserung der Ernährung dienen. Die Bestandserhebung über die Konserven wird etwa am 5. Juni abgeschlossen sein, die Konserven sollen gegen vorhandene Fleischmengen aufgerechnet werden. Die Verdienste der Aufkäufer sind mit 3 v. H. nicht über groß. — Ein Sozialdemokrat erklärt es für nicht rationell, bei knappem Futter zu viel Vieh zu halten. In der Organisation des Viehhandels stecke ein großer Fehler, und zwar weil die Verbindung zwischen Produzent und Händler ohne Aufsicht sei und ohne daß die Gemeinden und die Konsumenten vertreten seien. Die Viehpreise seien gegenüber dem Kornpreise zu hoch. Jeder Wirtware werde aufhören, sobald die Preise für Korn, Futter und Vieh in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. Die Stellung der Hauschlachtungen unter Genehmigungspflicht sei eine zweischneibige Waffe und könne zur Willkür führen. Man müßte

Die allgemeine Fleischkarte

einführen. Der Redner fragt, wie das Kriegsministerium an Vertheim Waggonen von Fett liefern könne. Die Ueberspannung des Grundsatzes, den Einkauf in einer Hand zu behalten, führe zu

Mißständen. Schon im Interesse ihres guten Rufes sollte die Landbevölkerung darauf dringen, daß auch bei ihr die Bestände aufgenommen werden.

Ein nationalliberaler Abgeordneter bezeichnete gleichfalls die Verdienste der Zwischenhändler und Aufkäufer als viel zu hoch. Viehlose Wirtschaften sollten angehalten werden, das unbenötigte Futter abzugeben. Auch das Fleisch sonst gesunder Pferde, die einer äußeren Verletzung wegen getötet werden müssen, sollte man zur Ernährung verwenden. — Der Staatssekretär erklärt, es handle sich darum, den richtigen Weg zu finden, um möglichst viel hereinzubringen. Die Valutafrage habe nicht dazu geführt, auch nur in einem einzigen Falle die Einfuhr zu hindern oder zu verzögern. — Ein Regierungsvertreter führt aus, daß die Schuld der mangelnden Fleischlieferung für die Großstädte nicht bei den Viehhandelsverbänden liege. Die Neuumlage pro 15. Juni bezw. 1. Juli ist um 50 v. H. gekürzt, die aber durch Verbandschweine gedeckt werden können. Die Belieferung Berlins habe sich in der letzten Woche gebessert. Vorher war genügend schlachtbare Vieh nicht vorhanden, wenn man nicht milchgebende Kühe schlachten wollte, was wiederum eine mangelhafte Milchversorgung herbeigeführt hätte. Vom 1. Juni ab werde eine Besserung eintreten. Die früheren Schlachtungen geben ein Bild des Bedarfs und wurden als Unterlage der Verteilung bis in die Gemeinden benutzt. Jetzt werden den Regierungsbezirken oder Provinzen die Mengen zugewiesen, die sie dann nach dem Bedarf der einzelnen Bezirke weiterverteilen. Außerdem verteilt die Zentralstelle auf Groß-Berlin, die Regierungsbezirke Opperl, Arnberg usw. eine kleinere Menge zur Aufbesserung für die Schwerarbeiter. Innerhalb der Gemeinden haben diese für die Verteilung zu sorgen.

Weiterberatung Sonnabend vormittag, vorher Feststellung des Berichts über die Kriegsgewinnsteuer.